z.d.A. Rat

Stadt Leverkusen
Der Oberbürgermeister

Nr.14 vom 12. Dezember 2013

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke, Ansprechpartnerin: Susanne Weber, Tel. 406-8881.

Es wird gebeten, die in dieser Ausgabe als "nö" – nichtöffentlich - bezeichneten Informationen vertraulich zu behandeln. In diesem Zusammenhang wird auf die Verschwiegenheitspflicht der Ratsmitglieder, der bürgerschaftlichen Ausschussmitglieder und der Mitglieder der Bezirksvertretungen gemäß der §§ 43 Abs. 2 und 30 GO NRW hingewiesen.

Inhalt

Mitteilungen (ö)

Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen, Gruppe und Einzelvertreter zum Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2014 247

Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen, Gruppe und Einzelvertreter zum Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2014

Nachfolgende Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen, Gruppe und Einzelvertreter zum Erlass der Haushaltssatzung 2014 anlässlich der Ratssitzung am 09.12.2013 sind als Anlagen 1-10 dieser Ausgabe von z.d.A.:Rat beigefügt:

1.
Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion,
Rh. Thomas Eimermacher

2.
Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion,
Rh. Peter Ippolito

3.
Rede der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
Rf. Roswitha Arnold

4.
Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜRGERLISTE,
Rh. Erhard T. Schoofs

5.
Rede der Fraktionsvorsitzenden der FDP-Fraktion,
Rf. Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens

6.
Rede des Vorsitzenden der Fraktion Die Unabhängigen,
Rh. Alfred Mertgen

7.
Rede des Vorsitzenden der Fraktion pro NRW,
Rh. Markus Beisicht

8.
Rede des Rh. Markus Pott, OP

9.
Rede der Rh. Michael Boden, DIE LINKE

10.
Rede des Rh. Dr. Uwe Becker, ÖDP

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Anlage 1 (ö) zu z.d.A.:Rat Nr. 14 vom 12.12.2013

Etatrede

des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion,

Rh. Thomas Eimermacher

anlässlich der Ratssitzung vom 09.12.2013

CDU-Fraktion **09. Dezember 2013**

Thomas Eimermacher
Vorsitzender

Etatrede

zum Haushalt 2014 der Stadt Leverkusen und zur Fortschreibung des HSP

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

eigentlich gebührt einem Haushalt, der sich in einer Größenordnung von rund einer halben Milliarde Euro bewegt, eine ausführliche, zeitlich anspruchsvolle Haushaltsrede.

Ich werde dennoch versuchen, mich kurz zu fassen, in erster Linie auch deshalb, weil dieser Haushalt und die Fortschreibung des HSP für sich sprechen.

Werfen wir einen Blick in eine gar nicht so fern liegende Vergangenheit:

Normalerweise würden wir jetzt hier sitzen und darauf warten, dass wir im nächsten Jahr, vielleicht auch erst in 2015, in die Überschuldung marschieren mit totalem Verzehr des Eigenkapitals, mit der Folge des Verlustes unserer Handlungsfähigkeit und Einsatz eines Sparkommissars, wie es ihn z.B. in Nideggen schon gegeben hat. So schien es unausweichlich über Jahre, einem Horrorszenario gleich.

Ja so lange, bis die Herangehensweise an dieses Thema radikal geändert wurde.

Denn: Der Oberbürgermeister war 2009 mit genau der Maxime einer radikalen Änderung angetreten, und unter dieser Maxime hat sich auch das Mehrheitsbündnis Jamaika Plus vor fast vier Jahren gefunden.

Und heute: Wir können mit Recht vor die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt treten und sagen: Wir sind nicht nur auf einem guten, wir sind auf dem einzig richtigen Weg. Wir haben Wort gehalten, als wir angetreten sind mit dem Willen, den städtischen Haushalt zu konsolidieren.

Zu den Fakten: Wir sind seit 2012 – nach 7 Jahren - befreit aus dem Nothaushalt, haben uns damit Spielräume erkämpft und der Sparkommissar kann zu Hause bleiben. Wir sind damit auf dem Weg, auch den nachfolgenden Generationen geordnete finanzielle Verhältnisse zu überlassen. Wir werden unser Eigenkapital, unsere Basis, eben nicht vollkommen verzehren, sondern deutlich vorher die Richtung wechseln und neues Kapital aufbauen können und den Haushaltsausgleich bis Ende des Jahrzehnts schaffen.

Die aktuellen Zahlen des Kämmerers für 2013 bestätigen diesen Trend.

Das war und ist nur möglich durch eiserne Disziplin und Sparwillen, interessanterweise aber ohne die Stadt kaputt zu sparen, sondern sie lebens- und liebenswerter zu gestalten als zuvor.

Und ganz wichtig: In 2014 gehen wir diesen Weg weiter ohne Steuererhöhungen!!

Das erfordert kreative Ideen und Mut, das teilweise zunächst unmöglich Scheinende möglich zu machen. Ich erinnere hier nur an das Engagement unseres OB in Sachen Gütergleisverlegung für die Neue Bahnstadt. Mit vereinten Kräften werden wir jetzt die Erschließung der Westseite beschließen und uns auf die vollständige Entwicklung des Geländes freuen, mit klarem Signal, nicht nur für Opladen, sondern für die ganze Stadt. Eine Erfolgsstory für wahr, die noch komplettiert wird durch den Fachhochschulstandort, der viele junge Leute in unsere Stadt bringt. Das wird ihr gut tun und ihre Zukunft sichern helfen.

Das Verkehrskonzept Hitdorf steht vor der Umsetzung, Lösungen für Alkenrath und Quettingen sind angestoßen durch entsprechende Prüfanträge des Bündnisses. Es ist unser erklärter Wille, als nächsten großen Schritt in Sachen Verkehrs-Infrastruktur die B8/Europaring in Küppersteg so zu gestalten, dass der zerrissene Stadtteil wieder zusammenwächst und die Straße der Armut beseitigt wird.

Wir sind zu einer nachhaltigen und tragfähigen Lösung in Sachen Schulsozialarbeiter gekommen und werden den Elternwillen in Bezug auf mehr „längeres gemeinsames Lernen“ (Stichwort Gesamtschule) umsetzen und zwar den finanziellen Vorgaben unseres Haushaltes angemessen: Eine Lösung, eben sachgerecht und vernünftig, nach Ausschluss aller weiteren Varianten.

Die Quote der U3-Versorgung wurde mit 40 % übererfüllt, auch hier mit kreativem Ansatz, die Neubauten über unsere WGL errichten zu lassen.

Und: Wir müssen froh sein, dort investieren zu dürfen, heißt das doch, dass hier noch Kinder sind und diese Stadt weiter wächst, was längst nicht mehr alle Kommunen, zumal im Ruhrgebiet, von sich behaupten können.

Wir sind eine Stadt des Sports und der Kultur geblieben und mit uns wird es keine Schließungen von Einrichtungen geben, im Gegenteil, wir sind stolz auf unser Schloss, unser Forum, aber auch z.B. auf die Neuordnung der Bäderlandschaft, auch wenn wir leider nicht umhin konnten, trotz intensiven bürgerschaftlichen und verwaltungsseitigen Engagements, die Auermühle zu schließen.

Wir sind eine Stadt des Mittelstandes wie der Industrie, dank einer aktiven Wirtschaftsförderung Leverkusen, eines hohen Verantwortungsbewusstseins mittelständischer Unternehmer und eines hervorragend gemanagten Chemparks.

Ich möchte aber auch die Baustellen und Herausforderungen nicht verschweigen:

Heute Abend werden Stadt und StraßenNRW die Bürgerinnen und Bürger über den aktuellen Stand zum Umbau der Autobahnen rund um Leverkusen aus erster Hand

informieren. Wir setzen auf Sachinformation und Bürgerbeteiligung, statt auf Panikmache und Angstschüren.

Die CDU hat sich – gemeinsam mit den Partnern im Rat – ganz klar positioniert: Wir wollen die Erneuerung der Rheinbrücke bis 2020. Wir halten uns längst nicht mehr mit unsinnigen Fragen wie der Rheinuntertunnelung oder einer zweiten Rheinbrücke auf. Wir wollen den Umbau des Leverkusener Kreuzes im Zusammenhang mit dem Ausbau der A3 – und das auf vorhandener Fläche mit maximalem Lärmschutz für die angrenzenden Wohngebiete. Und das Wichtigste: Wir wollen, dass die Stelze unter der Erde verschwindet!

Auf Antrag des Bündnisses hin wird bei der Baudezernentin eine Koordinierungsstelle eingerichtet, in der alle Fäden zusammenlaufen, auch die berechtigten Belange und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Die Bürgerbeteiligung muss funktionieren, wollen wir ein Stuttgart 21 verhindern.

Leverkusen ist unsere Heimat, wir fordern ein Mitspracherecht, wir wollen für uns alle eine nachhaltige Verbesserung der Situation und dies in jeder Hinsicht.

Wir müssen die City-C gestalten und wir brauchen Klarheit was Seveso-II anbelangt, um endlich den Planungsstau im südlichen Bereich von Wiesdorf aufzulösen.

Die CDU wird denn auch in diesem Jahr aus tiefer Überzeugung dem Haushaltsplan 2014 und der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans bis 2021 zustimmen, da er alternativlos ist. Wir werden keinen Änderungsantrag stellen, der mit Geldausgaben verbunden ist, Geld, das wir nicht haben.

Wir werden auch die nächsten Jahre exakt den eingeschlagenen Weg weitergehen. Wir werden Haushalte beschließen, die wenig Spielraum für „Geschenke“ lassen, aber die Spielräume, die wir haben, dazu nutzen, diese, unsere Heimatstadt Leverkusen fit für die Zukunft zu machen. Wir tun dies gemeinsam mit vielen Menschen, Unternehmen und Institutionen in unserer Stadt, die mit großen privaten und sozialen Engagement Kreatives und Positives für Leverkusen auf die Beine stellen.

Es bleibt mir nur noch, persönlich, wie auch im Namen der CDU-Fraktion, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung insgesamt sehr herzlich zu danken, für ihren hohen persönlichen Einsatz, den sie unter den Vorgaben einer strikten Haushaltskonsolidierung zu erbringen haben und insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung, die diesen Haushalt und den Sanierungsplan aufgestellt bzw. weiterentwickelt haben.

So treten wir am 25. Mai 2014 vor die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt: Mit klarem Konzept den Weg gemeinsam weitergehen, die Alternative wäre irgendetwas.

Anlage 2 (ö) zu z.d.A.:Rat Nr. 14 vom 12.12.2013

Etatrede

des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion,

Rh. Peter Ippolito

anlässlich der Ratssitzung vom 09.12.2013

Haushaltsrede 2012 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen, am 9. Dezember 2013

Stand 09.12.13, 10.00 Uhr

Sperrvermerk für Weitergabe sowie Veröffentlichung bis nach gehaltener Rede!

- es gilt das gesprochene Wort

Haushalt 2014 / Fortschreibung Haushaltssanierungsplan 2012 – 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein Defizit von knapp 32 Millionen Euro sieht der heute zur Abstimmung stehende Haushalt 2014 der Stadt Leverkusen nach dem letzten Stand der Dinge vor – gegenüber der letztjährigen Finanzplanung eine Verschlechterung von etwa 7 Millionen Euro.

Die bundesweit durchaus positive wirtschaftliche Entwicklung

2013 + 0,4 % Wirtschaftswachstum
2014 + 1,5 % Wirtschaftswachstum

die Haushalte aller deutschen Kommunen werden auch 2013 mit einem positiven Jahresergebnis in Milliardenhöhe enden, ist in Leverkusen noch nicht angekommen.

„Die Spaltung in reiche und arme Städte vertieft sich“, warnt Kerstin Witte, die Kommunalexpertin der Bertelsmann-Stiftung. Nach Auffassung der Bertelsmann-Stiftung können sich die Kommunen nicht alleine aus der Schuldenfalle befreien; es helfe nur eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgern.

Deshalb ist es gut und richtig, dass sich die Stadt Leverkusen 2012 – übrigens auf Antrag der SPD und getreu dem Motto der Bremer Stadtmusikanten „etwas Besseres als den Tod findest du überall“ – erfolgreich um Aufnahme in den Stärkungspakt des Landes bemüht hat, seit Herbst 2012 über einen genehmigten Haushaltssanierungsplan verfügt und das Nothaushaltsrecht verlassen konnte.

Der Haushaltssanierungsplan umfasst bis 2012 Konsolidierungsbeiträge von insgesamt 192 Millionen Euro. Alleine über 73 Millionen Euro, also fast 40 % davon, steuert das Land zusätzlich bei.

An dieser Stelle ist es Zeit, Dank nach Düsseldorf zu sagen. Dank dafür, dass wir eine kommunalfreundliche Landesregierung haben, ohne deren Hilfen ein Haushaltsausgleich in 2018 nicht möglich wäre.

Eher verstörend ist es, dass ausgerechnet die marode Rheinbrücke mit zwei Blitzern verantwortlich für "einen zweiten Geldsegen“ für die Stadt, der bis 2020 mit insgesamt

rd. 40 Millionen Euro herniederregnet, ist. Er ist im Übrigen bereits im Haushalt 2014 veranschlagt, dessen Defizit ansonsten noch deutlicher über den heutigen 32 Millionen Euro gelegen hätte.

Anlass für vorsichtigen Optimismus bietet der Koalitionsvertrag zur Bildung der nächsten Bundesregierung. Die in Aussicht gestellten Entlastungen bei den Sozialausgaben, verstärkte Infrastrukturfinanzierung, die Zusage von Finanzmitteln für Kinderkrippen, Kitas und Schulen sowie die Absicht, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu zu ordnen, betreffen die Städte unmittelbar und sind endlich ein ermutigendes, kommunalfreundliches Signal auch aus Berlin.

In ihren Beratungen hat die SPD-Fraktion strategische Ziele und inhaltliche Schwerpunkte festgelegt, an denen Sie ihre Haltung zum Stadthaushalt 2014 festmachen wird.

Da sind zum einen die großen innerstädtischen Ziele der Stadtentwicklung, die wir mittragen. Als erstes, die weitere Entwicklung der Ost und Westseite der neuen Bahnstadt und ihre Verzahnung mit dem Zentrum von Opladen.

Die SPD-Fraktion hatte zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran, dass das Land alle Förderzusagen einhalten und auch die neue Bahnallee – eine rd. 1,6 km lange Verbindung von der Fixheider zur Lützenkirchener Straße, die die Westseite der Bahnstadt Opladen verkehrstechnisch erschließen soll – fördern wird.

Wir stehen ebenfalls hinter dem Versuch, den Abschnitt C der City Leverkusen zu revitalisieren, hinter dem Neubauprojekt Ganser-Karree und begrüßen die Absicht, den Stadteingang Bahnhof/Busbahnhof im Zuge der Anbindung Leverkusens an den Rhein-Ruhr-Express zu überplanen.

In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird das Leben in unserer Stadt von einer weiteren riesigen Infrastrukturmaßnahme des Bundes beeinflusst werden. Der Neubau der Autobahnbrücke, der Umbau des Autobahnkreuzes, die Verbreiterung der A 3 und die Sanierung der „Stelze“ wird zehntausende Bürgerinnen und Bürger in der Stadt in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld betreffen.

Noch zu Beginn dieses Jahres haben Sie, Herr Oberbürgermeister und die Ratsmehrheit, die Bürgerschaft von einer Informationsveranstaltung hier im Rat ausgeschlossen. Sie haben damit denen, die zu Tausenden an diesen Verkehrsbändern leben und sicher wissen wollten, was auf sie zukommt, eine erste unmittelbare Möglichkeit für zu Bürgerdialog und Bürgerbeteiligung verwehrt.

Bürgernähe, Bürgerbeteiligung und Akzeptanz für solche Großprojekte – das zeigen Beispiele in der ganzen Republik –kann nur durch Transparenz von Anfang an erreicht werden. Deshalb dürfen sie sich nicht darüber beklagen, dass andere in diese Lücke springen und sie mit Informationen hart am Rande der politischen Lüge füllen.

Im Anschluss an die heutige Ratssitzung wird diese Lücke auch auf Bitten der SPD-Fraktion endlich durch eine jedermann zugängliche offizielle Informationsveranstaltung der Stadt geschlossen. Fachleute aus dem Landesverkehrsministerium und des LandesbetriebsStraßen.NRW, der von der Bundesregierung mit der Ausführung

beauftragt ist, werden den aktuellen Stand der Planungen vortragen und den Bürgerinnen und Bürgern endlich „aus erster Hand“ Rede und Antwort stehen.

Inhaltlich vertritt die SPD Leverkusen zu diesem Mammutprojekt folgenden Standpunkt: Gleichberechtigtes Entscheidungskriterium für mögliche Lösungen neben verkehrlichen und finanziellen Gesichtspunkten muss von Anfang an sein, dass den Leverkusener Bürgerinnen und Bürger nicht noch mehr Belastungen durch Verkehr, Lärm und Emissionen zugemutet wird. Oder kurz und knapp: Tunnel statt Stelze.

Einige andere, in ihren Auswirkungen strittige Stadtentwicklungsprojekte sollen vor den Kommunalwahlen nicht mehr beraten oder gar entschieden werden. Ich nenne hier exemplarisch den Landschaftsplan. Vor über dreieinhalb Jahren ist seine Neuaufstellung bereits eingeleitet worden. Die offenbar geplante Teilrücknahme von Landschaftsschutzgebieten, etwa in Bergisch Neukirchen sollen kein Wahlkampfthema sein.

Ebenfalls in der Versenkung verschwunden sind die Planungen für das Gelände des ehemaligen Freibades Auermühle und für den Supermarkt an der Wuppertalstraße in Bergisch Neukirchen.

Als gewählte Vertreter von über 160.000 Menschen kommen wir hier auch zusammen, um richtige Antworten zu geben und die Grundlagen zu schaffen, wie Kinder bei uns aufwachsen und welche Bildungs- und Entwicklungschancen wir ihnen bieten.

Deshalb ist eine dritte Gesamtschule ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt, ohne deren Bildung die SPD-Fraktion dem städtischen Haushalt nicht zustimmen wird. Denn schon seit mehreren Jahren und auch in den nächsten Jahren, wie die Schülerprognose der Verwaltung zeigt, müssen rd. 100 Schülerinnen und Schüler, die gerne eine Gesamtschule in Leverkusen besuchen wollen, abgewiesen werden, weil die Kapazitäten der vorhandenen zwei Gesamtschulen erschöpft sind.

Jedes Jahr hundert Schülerinnen und Schüler, die sich auf dem schulpolitischen Gewissen der CDU finden. Soweit, so schlecht, aber was wir in den letzten Monaten zu diesem Thema erlebt haben schlägt wirklich alles.

An dieser Stelle komme ich heute leider nicht umhin, der Union einen glatten Wortbruch vorzuwerfen. Denn noch zur Sondersitzung des Rates am 21. November, also vor 18 Tagen, haben Sie eine Pressemeldung mit der Überschrift Erklärung „Die CDU bekennt sich klar zur 3. Gesamtschule für Leverkusen“ veröffentlicht. Darin heißt es: „Leverkusener Eltern haben sich mehr Gesamtschulplätze für ihre Kinder gewünscht und wir werden diesem Wunsch nachkommen“

Heute wissen wir, dass alle diese schönen Worte und Versprechungen nicht mehr gelten und nur Lippenbekenntnisse waren.

- Dass es keine dritte Gesamtschule in Leverkusen geben wird
- Dass eine Elternbefragung durchgeführt wurde, deren Ergebnisse wir sofort in den Papierkorb werfen können

- Dass die Verwaltung zwischendurch Varianten zur Erweiterung der Gesamtschulkapazitäten vorgestellt hat, die schulrechtlich überhaupt nicht möglich waren und
- dass der Oberbürgermeister samt Schuldezernent noch bis vor wenigen Tagen - offenbar alleine um Zeit zu schinden - einem Phantom namens „gemeinsame Gesamtschule mit Burscheid“ nachgelaufen sind

Stattdessen wollen Sie eine Sekundarschule einführen, allerdings erst zum Schuljahr 2015/2016. Darüber geht ein weiteres Jahr verloren, weil die Eltern eine solche Schulform bisher überhaupt nicht wollen und jetzt erst einmal mit großer Werbung und Propaganda für diese Schulform ohne Oberstufe begeistert werden müssen.

Das ist ein schwarzer Tag für die Eltern, die ihre Kinder im nächsten Schuljahr gerne auf einer 3. Gesamtschule angemeldet hätten. Ihr Wunsch bleibt auf der Strecke. Jamaica+ hat sie regelrecht hinters Licht geführt, ihr Vertrauen missbraucht und ihre Hoffnungen zerstört. Politische Schmierenkomödie oder Dilettanz gepaart mit Untätigkeit. Die Bewertung überlasse ich den betroffenen Eltern und ihren Kindern.

Völlig unbefriedigend gelaufen ist auch das Thema Schulsozialarbeit. Hunderttausende Euro, die in den Jahren 2011 und vor allem in 2012 dafür durch Bund bereitgestellt wurden, sind weder zweckentsprechend eingesetzt, noch in das jeweils nächste Jahr übertragen worden. Da können Sie noch so oft erklären, dass es keine rechtliche Verpflichtung gab, nicht verausgabte Gelder in das nächste Haushaltsjahre zu übertragen.

Es war aber möglich, viele Städte in vergleichbarer finanzieller Situation wie Leverkusen haben es offenbar getan und finanzieren damit die Schulsozialarbeit teilweise bis 2016 weiter. Es ist ein schul- und sozialpolitischer Skandal, dass dieses von der Fachverwaltung verabsäumt wurde und niemand eingriff, um alle für Schulsozialarbeit zur Verfügung stehenden Mittel zweckentsprechend einzusetzen.

Auch beim Thema Inklusion ist keine Konzeption zu erkennen. Die Politik musste sich zunächst gefallen lassen, dass die Verwaltung auf Regelungen der Landesregierung wartet und vorher keinerlei Aktivitäten entfaltet. Nachdem endlich ein politischer Kompromiss gefunden wurde, dem die überwiegende Mehrheit des Rates zugestimmt hat, ruht still der See. Initiativen zu dieser Frage sind nicht zu erkennen. Müssen wir auch hier befürchten, dass Leverkusen in diesem wichtigen schul- und sozialpolitischen Thema, das nicht nur Schule betrifft, den Anschluss verpasst?

Wer selber solche Versäumnisse zu vertreten hat, sollte sich – wie vor einer Woche in der Rheinischen Post zu lesen – mit Verlautbarungen wie „mit Buchhorns Antritt als Leiter sei in der Stadtverwaltung mancher aus dem Schlaf geweckt worden“ und „Unter Vorgänger Ernst Küchler habe die Stadtverwaltung doch gar nicht stattgefunden“, sehr zurückhalten, meine Damen und Herren.

Sie sind außerdem unwahr und dreist und denunzieren ein weiteres Mal öffentlich die gute Arbeit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und viele erst durch Ernst Küchler erfolgte Initiativen. Wer so argumentiert und über Ratskollegen und die Verwaltung urteilt setzt darüber hinaus jegliche Berechtigung aufs Spiel, sich über

vergiftetes Klima im Rat, auf Unwahrheiten aufbauende Initiativen oder öffentlich zum Schaden der Stadt agierende Gruppierungen beklagen zu können.

Lassen sie mich abschließend noch auf zwei Problemkreise eingehen, bei denen sich die SPD-Fraktion für ein verstärktes Engagement einsetzt: Mit einem integrativen Ansatz ist in den vergangenen Jahren in Rheindorf aus Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ eine komplexe Problemlage, gekennzeichnet durch niedrige Einkommen, erhöhter Arbeitslosigkeit und überaltertem Wohnungsbestand, behandelt worden.

Positive Entwicklungen sind erfolgreich und nachhaltig angestoßen worden. Diese Lösungsstrategie, gerne in abgespeckter Form und mit niedrigschwelligen Beratungsangeboten, sollte angesichts jüngster Erkenntnisse aus dem Sozialbericht auch für weitere Quartiere und Stadtteile in Leverkusen verstärkt verfolgt werden – Leben in vernünftigen Wohnungen, in einem lebenswerten Umfeld und in guter Nachbarschaft.

Der glückliche Umstand, dass die Stadt mit der Wohnungsbaugesellschaft Leverkusen GmbH über den wichtigsten Akteur auf dem Leverkusener Wohnungsmarkt verfügt, ist bisher nicht genug genutzt werden. Preiswerter Wohnraum wird zunehmend knapp, denn bei immer mehr Wohnungen entfällt die soziale Bindung. Die Versorgung der Bevölkerung mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum zählt zu den Kernaufgaben kommunaler Daseinsvorsorge.

Die SPD-Fraktion erneuert ihre bereits im Zuge der Nachnutzung des Auermühle-Geländes gezeigte Bereitschaft, in künftigen Bauleitplanverfahren Flächen für preiswerten Wohnraum auszuweisen.

Außerdem erfordern die demografische Entwicklung und die veränderte Lage auf den Wohnungsmärkten neue Schwerpunkte und Inhalte. Stichworte sind z.B. Wohnen im Alter, Barrierefreiheit, Umbauten im Bestand und neue Wohnformen. Die Stadtplanung hat ein exzellentes, zielgenaues Handlungsprogramm Wohnen mit Leverkusen-spezifischen wohnungswirtschaftlichen Zielvorgaben entwickelt, das sich umzusetzen lohnt.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat im vergangenen Jahr dem Haushalt und dem Haushaltssanierungsplan zugestimmt. Wir haben damit die Möglichkeiten aufgezeigt, mit uns in einen Dialog zu treten und wichtige Themen mit einer breiten Mehrheit zu lösen. Leider hat es die CDU versäumt, diese ausgestreckte Hand zu ergreifen und hat stattdessen ihre Anliegen ausschließlich und kompromisslos verfolgt, auch wenn sich deren Lösungsvorschläge denen der SPD-Fraktion oftmals nur in Nuancen unterschieden haben.

Darüber hinaus insbesondere in der Bildungspolitik, Stillstand, Rückschritt, Verschlafen wichtiger Entwicklungen. Sie werden verstehen, dass wir diesem Haushalt 2014, der für unsere Stadt und unsere Bürger wichtige zukunftssichernde Planungen außer Acht lässt, nicht zustimmen werden. Die Fraktion hat sich einstimmig entschlossen, den vorliegenden Haushalt abzulehnen.

Zum Schluss möchte ich dem Kämmerer und seiner Mannschaft, für die Vorlage des Haushaltes 2014 danken. Bei Ihnen meine sehr geehrten Damen und Herren bedanke ich mich für ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 3 (ö) zu z.d.A.:Rat Nr. 14 vom 12.12.2013

Etatrede

der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,

Rf. Roswitha Arnold

anlässlich der Ratssitzung vom 09.12.2013

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Roswitha Arnold
Fraktionsvorsitzende

Sperrfrist

es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

„Unsere große Chance und Perspektive liegen darin, dass wir nach wie vor auf Kurs zur strukturellen Gesundung unseres Haushaltes sind. Solange wir einen genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplan vorweisen, können wir uns im gesetzten Rahmen frei bewegen"

-dies war eine der Kernaussagen, die Herr Oberbürgermeister Buchhorn in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes getroffen hat.

Bündnis 90/Die Grünen stimmen heute einem Haushalt zu,

der die Rahmenbedingungen, die wir gemeinsam mit CDU, FDP und Unabhängigen seit 2010 gesteckt haben, voll erfüllt:

- Oberste Priorität hatte und hat, die finanzielle und damit politische Handlungsfähigkeit auf Dauer wieder herzustellen

- wichtige Stadtentwicklungsziele beharrlich umzusetzen

- das soziale und kulturelle Angebot in unserer Stadt zu sichern und zu fördern

- Betreuungssicherheit für die Kinder in unserer Stadt zu geben

- ein vielfältiges Angebot an Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen zu gewährleisten – über eine neue Schule werden wir ja gleich noch debattieren

Ein Defizit für das Jahr 2014 in Höhe von knapp 32 Mio. Euro wird zwar auch im kommenden Jahr keine Wünsche in den Himmel wachsen lassen.

Es ist aber eine gute Basis auf dem Weg, im Jahr 2018 einen vollständig ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und das städt. Eigenkapital wieder zu steigern.

Ja, es waren keine einfachen Jahre, die zu dem heutigen Haushaltsergebnis geführt haben; die Partner unseres Bündnisses haben an vielen Stellen parteipolitisch Wünschenswertes zurück gestellt.

Auch viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben ihren Beitrag hierzu geleistet, manch einem wird das eine zu viel, das andere zu wenig gewesen sein.

Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister haben wir es aber mit Hilfe des Landes geschafft, dass unsere Stadt nach fast 10 Jahren wieder eine Perspektive hat, in allen Belangen des städtischen Lebens selbst entscheiden zu können.

Eines der wichtigsten Daten im nun ablaufenden Jahr war sicher die Genehmigung des fortgeschriebenen Haushaltssanierungsplanes, der zeigt, wie ernst es uns damit ist, den nachfolgenden Generationen kein finanzielles Desaster zu hinterlassen.

Dafür, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen lohnt es tatsächlich, zu kämpfen!

Dass unsere Entscheidung hierfür allen Unkenrufen zum Trotz nicht zum Stillstand geführt hat, hierfür stehen die Projekte und Maßnahmen, die wir angepackt und geschultert haben:

- die Neue Bahnstadt, die neben dem Stadtteil Opladen der gesamten Stadt zum Aufschwung verhelfen wird

- die Realisierung der Gütergleisverlegung – ein Vorhaben, das noch vor kurzer Zeit als Hirngespinst abgetan wurde

- wir bekommen eine neue Bahnallee, die verkehrspolitisch wie städtebaulich ein wichtiger Baustein für die Entwicklung von Opladen ist

- die Baustelle „U3“ Betreuung ist nahezu abgeschlossen

- die Umsetzung des Verkehrskonzeptes Hitdorf

- eine ressourcenschonende Gebäudeunterhaltung

Gerne nenne ich an dieser Stelle auch noch einmal die Balkantrasse, ich bin so froh, dass wir mit unserer Entscheidung, sich an dem Förderprojekt zu beteiligen, den Weg geebnet haben und freue mich mit den Mitgliedern des Fördervereins!

Vor allem aber gilt unser Dank dem Oberbürgermeister, der diese und alle anderen Stadtziele mit Vehemenz und Hartnäckigkeit verfolgt und zu einem guten Ergebnis geführt hat.

Der Neubau der Rheinbrücke und des Leverkusener Kreuzes wird noch einmal aller Anstrengungen bedürfen; dieses jedoch nicht mit Gebrüll, sondern mit Weitsicht und im Dialog mit den Verantwortlichen.

Von unserer Seite aus kommt noch einmal ein uneingeschränktes „Ja“ zu dem Wunsch, Küppersteg durch eine tiefgelegte Trasse vom Autobahnlärm zu befreien und diesen Stadtteil wieder urban zu machen.

Mit diesem Jahrhundertvorhaben wird auch ein neues Mobilitätskonzept einhergehen, das nicht nur einen Maßnahmenplan für die Bauzeit der Brücke und des Kreuzes zum Inhalt haben wird.

Wie wollen wir künftig mobil sein?

Eine Antwort auf diese Frage kann nur gegeben werden, wenn die Belange von Radfahrern, Fußgängern, ÖPNV und individueller Nahverkehr in Einklang stehen und „der beste Weg“ übers Internet, über „apps“ etc. unmittelbar an die Nutzerinnen und Nutzer vermittelt werden.

Weg vom Atomstrom? Weg von der Kohle?

Nach Abschluss der Koalitionsgespräche in Berlin sind wir von einer bundesweiten Energiewende, die ihren Namen verdient, weiter weg denn je.

Mit dem Klimakonzept und den Initiativen von Sparkasse und Volksbank Rhein-Wupper haben wir hier in Leverkusen erste Schritte hin zu einer Reduzierung von CO^2 gemacht, die in einem Bündel von Maßnahmen zu einer nachhaltigen Klimapolitik führen werden.

Gerne werbe ich an dieser Stelle noch einmal für die sog. Öko-Audits, an denen sich einige Leverkusener Unternehmen mit großem Erfolg beteiligt haben. Wir sollten ruhig ein bisschen trommeln und die guten Erfahrungen kommunizieren, die diese Firmen mit einer ökologischen Revision ihrer Betriebsprozesse gemacht haben.

- Und, Herr Ippolito: Sie müssen sich wegen des Landschaftsplanes keine Gedanken machen. Es ist lediglich dem noch nicht abgeschlossenen Verfahren geschuldet, dass die Vorlage hierzu noch nicht fertig ist. Sie können aber sicher sein, dass der Landschaftsplan kommt – ob vor der Wahl oder nach der Wahl.

Wir freuen uns, dass wir diese großen Themen mit der neuen Baudezernentin, Frau Deppe, anpacken werden.

Wir sind sicher, dass Sie und wir, Rat und Stadt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, auch diese Baustelle gut bearbeiten werden.

Die Zeiten sind nicht einfach. Aber wer sagt, dass das Leben einfach zu sein hat?

Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Buchhorn sehr für die gute und faire Zusammenarbeit im vergangenen Jahr und freue mich auf 2014!

Ebenso gilt unser Dank den Beigeordneten Frau Deppe und Herrn Adomat sowie allen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung.

So, wie wir uns bisher auf Sie, sehr geehrter Herr Stein, verlassen konnten, so angenehm und verlässlich ist nun unsere Zusammenarbeit mit Ihnen im Finanzdezernat. Vielen Dank für die geleistete Arbeit an Sie und Ihr Team!

Und wir freuen uns auf Sie, sehr geehrter Herrn Märtens, wenn Sie in Kürze als neuer Sozial- und Umweltdezernent eine neue Aufgabe übernehmen.

Es hat auch im vergangenen Jahr Freude gemacht, mit Ihnen, Herr Eimermacher, Frau Dr. Ballin, Herr Mertgen, zusammen zu arbeiten.

Ihnen allen wünsche ich Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Anlage 4 (ö) zu z.d.A.:Rat Nr. 14 vom 12.12.2013

Etatrede

des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜRGERLISTE,

Rh. Erhard T. Schoofs

anlässlich der Ratssitzung vom 09.12.2013

Bürger für Bürger

BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.

überparteilich - tolerant

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34 **Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731**
fraktion.buergerliste@versanet-online.de **http://www.buergerliste.de**

Rede zum Haushalt 2014

Zu den Bemühungen zur Sanierung der städtischen Finanzen muss inzwischen zweierlei angemerkt werden:

Die Sanierung der städtischen Finanzen ist ohne Zweifel ein grundlegender Bestandteil der Leverkusener Kommunalpolitik, aber sie darf nicht ohne Rücksicht auf Verluste zum wenig hinterfragten politischen Selbstzweck werden.

Heißt: Die Sanierung bzw. die Schonung der Finanzen muss bei allen Fragen der Stadt eine grundlegende Rolle spielen, darf aber nicht so weit getrieben werden, dass die Stadt ihren grundlegenden Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gerecht werden kann.

Es kann nicht sein, dass eine Zange aus fortlaufenden Gebühren- und Steuererhöhungen, gepaart mit einer immer weitergehenden Einschränkung städtischer Leistungen, die Bürgerinnen und Bürger der Städte und Gemeinden zu Hauptsanierern der deutschen

Schuldenberge in Stadt, Land und Bund macht. Während gleichzeitig die Wirtschaft boomt und die Zahl der Millionäre und Milliardäre zunehmend steigt.

Die Möglichkeiten, in Leverkusen zu sparen, sind bis auf wenige Ausnahmen – z.B. das Museum im Schloss – weitgehend ausgeschöpft. Fast alle Sparmaßnahmen, die die BÜRGERLISTE in den vorausgegangenen Jahren vorschlug, und die zunächst unter Spott abgelehnt wurden, sind bis heute weitestgehend umgesetzt.

Im Moment zeigen uns aber u. a. die Personalknappheit in vielen städt. Ämtern, die sich fortlaufend drehende Gebühren- und Steuerschraube, etc., dass die Möglichkeiten der Stadt Leverkusen langsam erschöpft sind, ihren Anteil zur Sanierung der Finanzen unseres Staates/unserer Stadt beizutragen.
Hier kann nur eine andere finanzielle Lastenverteilung innerhalb unseres föderalen Staatsgebildes weitere Sanierungsmaßnahmen ermöglichen.

Deshalb ist zu hoffen, dass die unseligen Koalitionsverhandlungen in

Berlin diese neue Lastenverteilung halbwegs zustande bekommen.

Unsere Stadt selbst kann fast keine weiteren Sparleistungen mehr erbringen, ohne die Grundsätze unserer demokratischen Gemeinschaft erheblich zuungunsten eines überaus großen Teils unserer Bürgerinnen und Bürger zu verletzen.
Denn nicht das finanziell noch weitgehend abgesicherte Bürgertum – zu dem ich mich mit meiner guten Pension als Lehrer auch rechne – leidet existenziell unter unserer städt. Sparpolitik, sondern insbesondere der Normalverbraucher, wenn wir überall die Gebühren und die Steuern erhöhen sowie gleichzeitig die städt. Leistungen erheblich einschränken.

Hier muss jetzt weitgehend Schluss sein. Zustände, wo Mitmenschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben und trotzdem nun wegen unzureichender Einkünfte zum Sozialamt gehen müssen, um ihre verschimmelte GAGFAH-Wohnung bezahlen zu können, sind für uns von der BÜRGERLISTE unerträglich.
Desgleichen, wenn es sich alleinerziehende Mütter und ihre Kinder

nicht mehr leisten können, das immer teurer werdende Calevornia zu besuchen. Oder wenn Kinder, durch private Initiativen - wie u. a. in Rheindorf durch die Initiative um Frau Dr. Radi –, erst in den Schulen ein Frühstück und/oder ein Mittagessen erhalten.

Schauen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, doch bitte einmal verstärkt in sozialschwache Wohnquartiere wie in Rheindorf-Nord ! Wo nun für die erfreulichen Bürgeraktivitäten, die sich aus dem Projekt „Soziale Stadt" in Kindergärten, Schulen, Vereinen, etc. entwickelten, im Haushalt unserer Stadt kein Cent Unterstützung mehr zu finden ist, obwohl immer von garantierter Nachhaltigkeit des Projektes die Rede war.

Nicht nur hier werden nach Ansicht der BÜRGERLISTE im Haushalt unserer Stadt immer weiter Kürzungen vorgenommen, die unverantwortlich sind und unserer Stadt an anderer Stelle oft sogar deutliche Mehrkosten verursachen, z.B. bei der Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen.

Hier zeigt sich in unserer Stadt nach Meinung der BÜRGERLISTE immer öfter und immer schwerwiegender ein seelenloser Sparautomatismus, der immer mehr zum politischen Selbstzweck pervertiert.

Dies zeigt sich nicht nur im konsumtiven, sondern auch im investiven Bereich, wo in der CITY weite Bereiche leer stehen, u. a. weil deren Sanierung halbfertig zugunsten der Bahnstadt liegengelassen wurde, wo im Bereiche der Verkehrsplanung auf vielen Straßen immer unerträglichere Verhältnisse herrschen, die sich zusehends verschärfen, etc.

Fazit: Es muss tiefgreifender umgedacht werden und Finanzpositionen nicht um Ihres reinen Einsparpotentials willen - um um jeden Preis den Haushaltssanierungsplan zu retten -, sondern verstärkt unter dem Aspekt ihrer Wichtigkeit für unsere Bürgerinnen und Bürger betrachtet werden.

Zur Rettung des Haushaltssanierungsplans werden zudem erhebliche Opfer gebracht, die für unsere BÜRGERLISTE finanzpolitische Fehler und abzulehnen sind. Da werden nicht nur die städtischen

Gesellschaften unverantwortlich erheblich gemolken, sondern über PPP-Baumodelle weitere Schulden in dreistelliger Millionenhöhe gemacht:

für unsere Schulen, für unsere Kitas und unsere Feuerwehr, die wir nicht mehr selbst bauen, sondern auf Pump bauen lassen und dann über jahrelange Mietzahlungen teuer abzahlen. Die Firmen, die dieses weitere Schuldenmachen finanzieren, freuen sich. Ein Glück, wenn es denn unsere WGL ist.

Auch können der Haushaltssanierungsplan bis 2021 sowie der Haushalt 2014 manchmal nur unsolide und mit Glück gerettet werden. So hoffen die Verantwortlichen 2014 und in den Folgejahren auf Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe, die sie mittels Blitzanlagen, die dort gerade installiert werden, erzielen wollen.

Es scheint bei den verantwortlichen Finanzakrobaten sehr wichtig zu sein, dass man zumindest noch über die Kommunalwahl kommt, und man dann hoffentlich über die Große Koalition in Berlin die entscheidende Entlastung erhält.

Letzteres wünscht die BÜRGERLISTE den Verantwortlichen unserer Stadt im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger, denn ohne einen solchen Befreiungsschlag würde das unseriöse Finanzgebäude der Stadt sehr wahrscheinlich bald zusammenfallen: trotz boomender Konjunktur !

Insgesamt aber sieht die BÜRGERLISTE für unseren Staat keine erfreuliche Zukunftsperspektive. Denn, wenn man sich in Berlin bereits darüber freut, dass man sich halbwegs darauf einigt, keine höheren Kredite - als bisher Jahr für Jahr üblich - zusätzlich aufzunehmen, während die Schulden trotzdem weiter steigen, ist keine wirkliche Entspannung in Sicht.

Dass in unserem Leverkusener Haushalt die Überziehungskredite – Kassenkredite genannt – sich anschicken, die 200 Millionen-Grenze zu überschreiten, sei hier passenderweise auch noch kurz erwähnt.

Und all dies macht augenscheinlich die Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung in Köln, sicherlich im Abgleich mit der Landes-

regierung NRW, mit.

Ruhig schlafen sollte man da als Bürger unserer Stadt/unseres Staates nicht, denn die Finanzpolitik auf allen Ebenen – Welt, Europa, Deutschland, Land NRW, unsere Stadt – ist geradezu abenteuerlich.

Dies entbindet uns alle, meine Damen und Herren, aber nicht von der Pflicht, unserer Stadt, zugegebenermaßen nur ein kleiner Akteur im finanzpolitischen Kosmos, sowie unseren Bürgerinnen und Bürgern verantwortungsbewusst zu dienen.

Der Haushalt 2014 unserer Stadt und der Haushaltssanierungsplan lässt nach Meinung der BÜRGERLISTE dieses Verantwortungsbewusstsein für unsere Bürgerinnen und Bürger aber leider vermissen. Beide sind unseres Erachtens bewusst deutlich mehr auf die aktuelle politische Situation und auf den aktuellen politischen Nutzen für die Verantwortlichen ausgerichtet, denn auf die Bürgerinnen und Bürger. Die BÜRGERLISTE lehnt aus diesen Gründen diese unseriösen Finanzkonstrukte ab.

Anlage 5 (ö) zu z.d.A.:Rat Nr. 14 vom 12.12.2013

Etatrede

der Fraktionsvorsitzenden der FDP-Fraktion,

Rf. Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens

anlässlich der Ratssitzung vom 09.12.2013

Haushaltsrede zur Haushaltsdebatte 2014

FDP-Fraktion Leverkusen

9. Dezember 2013

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens, Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat, verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse!

Die FDP-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf 2014 in der vorgelegten Form zustimmen und ebenso der Fortschreibung des Haushaltsanierungsplanes bis 2021!

Wir danken allen Arbeitseinheiten der Verwaltung, dass sie den Vorgaben des Mehrheitsbündnisses Jamaica plus in den vergangenen Jahren immer so konstruktiv gefolgt sind. Damit und nur in der Gemeinschaftsleistung Verwaltung, Oberbürgermeister und Mehrheitsbündnis Jamaica plus ist eine Erfolgsgeschichte geschrieben worden. Leverkusen hat einen realistischen Haushaltssanierungsplan und ist Anfang 2013 aus dem Nothaushaltsrecht entlassen worden. Dies schien im Jahr 2009 vor der letzten Kommunalwahl undenkbar.

Der vorliegende Haushaltsentwurf weist ein Ergebnis von knapp 32 Mio. € Defizit aus, und ich gehe davon aus, dass hier wie in den vergangenen Jahren eine konservative Kalkulation zugrunde liegt, das heißt, dass das Endergebnis wieder besser ausfallen kann. Die nachhaltigen Sparanstrengungen der vergangenen Jahre sind das Ergebnis harter Sparbemühungen von Jamaica plus – und man erkennt die Handschrift der FDP darin deutlich. Leider haben sich die Fraktionen und Einzelkämpfer im Rat, die nicht dem Mehrheitsbündnis angehören, dieser Vernunftstrategie nicht angeschlossen. Bei der SPD und dem Vertreter der Linken war dies auch nicht anders zu erwarten, aber sogar die selbsternannten Sparstrümpfe von der Bürgerliste haben hier heute nur Änderungsanträge zum Haushalt vorgelegt, die die Stadt viel Geld kosten würden und unseren Haushaltssanierungsplan konterkarieren würden. Die völlig abstruse Idee vom Verkauf des Schlosses für einen Euro als Sparmaßnahme nimmt ihnen in diesem Zusammenhang ja doch niemand ab – zu Recht. Das ist alles vorgezogenes Wahlkampfgetöse der Bürgerliste.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist ein weiterer wichtiger Schritt zur nachhaltigen Sanierung unserer Finanzen. Der HH-Entwurf entspricht den Vorgaben des Haushaltssanierungsplanes. Wir kommen dem ausgeglichenen Haushalt jedes Jahr ein Stückchen näher. Und - dies habe ich schon im letzten Jahr betont, – was für uns Liberale noch wichtiger ist – es wird mit jedem Jahr unwahrscheinlicher, dass irgendeine zukünftige Mehrheitskonstellation warum auch immer den Weg umkehrt oder aufweicht. Das ist das positive Signal!

Aber die Haushaltslage der Stadt Leverkusen ist immer noch ernst. Zwar spricht niemand mehr von der drohenden Stadtpleite, die für 2014 ausgerechnet war. Trotzdem dürfen wir in unseren Sparanstrengungen nicht nachlassen – wir müssen weiter alles daran setzen, das Ziel zu erreichen. Wir haben mit dem vorgelegten Haushalt immer noch ein Defizit und keinesfalls mehr Geld zur Verfügung!

Da einer der größten Kostenblöcke die Finanzierung unserer Verwaltung ist, müssen wir uns weiter darauf konzentrieren Aufgaben und Aufgabenfelder zu hinterfragen und auch mutig sein, sie zu reduzieren. Das darf nicht nach der Rasenmähermethode passieren. Gerade in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung und Jugendpolitik müssen wir unsere Anstrengungen weiter verstärken, das ist ein urliberales Anliegen. Deshalb wird auch gerade in diesem Bereich nicht gespart. Beim Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schulen sowie bei der Bereitstellung von KiTa-Plätzen sind wir gut aufgestellt, jetzt ist darauf zu achten, dass bei der Realisierung des Inklusionsauftrages Augenmaß und Vernunft walten, vor allem werden wir uns gegen die überhastete Schließung von Förderschulen wehren. Schule soll vor allem den Kindern und Jugendlichen und ihren Familien dienen und nicht den ideologischen Vorlieben der Politik oder einiger selbstverliebter Politiker. Die Fortsetzung der Schulsozialarbeit ist uns ein wichtiges Anliegen und ich bin zuversichtlich, dass wir in Kooperation mit Bund, Land und Freien Trägern gute Konzepte für eine dauerhafte Einrichtung von Schulsozialarbeit in Leverkusen finden werden. Auch die Realisierung einer weiteren Schule, die dem Elternwillen nach längerem gemeinsamem Lernen Rechnung trägt, ist auf dem Weg. Mit einer Sekundarschule wird es eine gute Lösung für alle geben. Und all das erreichen wir bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung.

Der vorliegende Haushalt hat auch ein paar Aspekte, deren Zustimmung uns sehr schwer fällt. So sind einige Arbeitsbereiche der Verwaltung immer noch defizitär und Lösungen lassen sich da nur schleppend finden. Stichworte: Wochenmärkte, Friedhöfe, Straßenverkehrsamt: hier brauchen wir benchmarking mit anderen Kommunen, die da deutlich besser aufgestellt sind. Auch die Anzahl der Dezernentenstellen würden wir gern zugunsten einer Stärkung der Bedeutung von Fachbereichsleitern reduzieren. Aber hier stehen wir weiterhin zur Mehrheitsentscheidung im Bündnis. Für die im HSP angedachten zusätzlichen Steuererhöhungen nach 2018 werden wir zu gegebener Zeit Alternativvorschläge erarbeiten.

Sorgen bereitet uns Liberalen die häufige Änderung der Spielregeln beim Stärkungspakt Stadtfinanzen. Auch wenn die Stadt Leverkusen noch von der neuen Regel des kommunalen Finanzausgleichs – kurz Kommunalsoli genannt – profitiert, so ist die FDP strikt gegen die Zwangsbeteiligung vermeintlich reicher Kommunen an der Finanzierung des Stärkungspaktes, wie von der Landesregierung beschlossen. Trotz heftigen Widerstands aus der kommunalen Familie und gegen den Rat namhafter Fachexperten wurde das kommunalfeindliche Gesetz beschlossen. 59 Kommunen müssten nun insgesamt fast 800 Millionen Euro zur Finanzierung des

Stärkungspaktes beisteuern und könnten dadurch selbst in finanzielle Notlagen geraten. Kranke Kommunen werden nicht dadurch gesund, indem man gesunde Kommunen krank macht. Dazu kommt: 17 der 59 Zahlerkommunen befinden sich in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt. Das zeigt deutlich, wie nah auch Leverkusen an der Grenze ist, vom Begünstigten zum Zahler zu werden. Damit würden unsere großen und erfolgreichen Sparanstrengungen nutzlos! Wir sagen: Stärkungspakt ja, aber nicht mit kommunaler Zwangsabgabe. Das nützt niemandem.

Leverkusen hat als Stadt weiterhin gute Entwicklungsvoraussetzungen. Wir gehören zu den wenigen Kommunen unserer Größe, die wachsen statt schrumpfen, d.h. wir haben vergleichsweise viele junge Einwohnerinnen und Einwohner. Und weniger als 3 % der Schulabgänger in Leverkusen haben keinen Schulabschluss (der Durchschnitt liegt in NRW bei 7,0%) – hier sind wir Platz 1. Ebenso sind wir gut bei dem Anteil von Hochqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt und bei der allgemeinen Arbeitsplatzversorgung Das sind wirklich gute Voraussetzungen, auf denen man aufbauen kann.

Mit den vielen positiven Variablen und trotz all der geschilderten Widrigkeiten: **Wir im Jamaica-plus-Bündnis vollziehen die Gratwanderung, sparsam zu handeln und trotzdem ein positives Lebensumfeld zu erhalten. Dazu bekennen wir Liberale uns ausdrücklich!!**

Und um unseren Sparkurs auch für eine Zukunft nach den nächsten Kommunalwahlen abzusichern, wäre aus FDP-Sicht die Einführung einer Schuldenbremse durchaus geboten! (ich erinnere an meine Ausführungen zum fehlenden Sparwillen einiger Parteien in unserer Stadt)

Und Sie alle werden nach der nächsten Kommunalwahl erkennen, dass ein kleinerer Rat und kleinere Ausschüsse nicht schlechter sondern wesentlich effektiver arbeiten. **Viel hilft viel** wird widerlegt werden.

Mit der Zustimmung zum Haushalt 2014 und zum fortgeschriebenen Haushaltssanierungsplan beweisen wir Liberale Verantwortungsbewusstsein für Leverkusen und seine Bürgerinnen und Bürger. Wir machen Leverkusen zukunftsfähig und erhalten die Handlungsfähigkeit der Stadt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Anlage 6 (ö) zu z.d.A.:Rat Nr. 14 vom 12.12.2013

Etatrede

des Vorsitzenden der Fraktion Die Unabhängigen,

Rh. Alfred Mertgen

anlässlich der Ratssitzung vom 09.12.2013

Fraktion Die Unabhängigen

Fraktionsvorsitzender
Alfred Mertgen

☎ + 49 2171 743625
+ 49 2171 743640

Kölner Straße 72;
51379 Leverkusen

fraktion@unabhaengig-in-leverkusen.de
http://unabhaengig-in-leverkusen.de

Fraktion Die Unabhängigen • Kölner Str. 72 • 51379 Leverkusen

Alfred Mertgen - Haushaltsrede 09.12.2013

Stand: 09.12.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

als dieser Rat im Jahr 2009 gewählt wurde, war absehbar, dass das Eigenkapital der Stadt Leverkusen im Jahr 2014 aufgebraucht sein würde. Nun aber – dank der Bemühungen der Gestaltungsmehrheit dieses Rates und des Einsatzes des Oberbürgermeisters sowie der Dezernenten Herren Häusler und Stein – sehen wir, dass die defizitäre Entwicklung des Eigenkapitals kontinuierlich verringert werden konnte.
Die Sparbemühungen und Konsolidierungsmaßnahmen werden dazu führen in 2018 mit den Mitteln aus dem Stärkungspakt den Haushaltsausgleich zu erreichen.
Ich erinnere daran, dass mit der Verfügung der Kommunalaufsicht vom Oktober 2012 der Haushaltssanierungsplan 2012 bis 2021 erstmals genehmigt wurde. Damit konnte Leverkusen erstmals seit 2005 das Nothaushaltsrecht verlassen. Mitte April 2013 genehmigte die Bezirksregierung Köln die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes im Haushaltsjahr 2013. Diesen positiven Kurs wollen wir fortsetzen.
Seite 2 von 6
Im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2014 stehen den knapp 468 Mio. Erträgen ca. 500 Mio. Euro Aufwendungen gegenüber.
Ein deutliches Minus, ja, aber wir müssen berücksichtigen, dass die Defizite in den voraus gegangenen Jahren deutlich höher waren. Wir sind auf dem richtigen Weg.
Noch einmal möchte ich betonen, dass die Stadt Leverkusen kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem hat.
Mehr als 90 Prozent unserer Ausgaben sind solche, zu welchen die Stadt gesetzlich verpflichtet ist, nur etwa 10 % der städtischen Ausgaben sind freiwillige Ausgaben. Das ist mir wichtig noch einmal mit aller Deutlichkeit jenen hier im Saal zu sagen, die wider besseren Wissens nicht müde werden zu behaupten, die Stadt könne nicht sparen. Doch, sie kann es und sie tut es!
Zudem möchte ich auf folgendes hinweisen:
Leverkusen musste in den vergangenen zwei Jahrzehnten weit über 100 Mio. Euro als Solidarbeitrag für die Deutsche Einheit aufbringen. Ich hoffe, dass die Bundespolitik dieses Missverhältnis früher auflöst, als bisher vorgesehen. Denn es geht nicht an, dass notleidende Städte Solidarleistungen aufbringen für andere

Städte, die zum Glück nicht mehr notleidend sind.
Auf einige Einzelthemen, die uns als Unabhängiger Fraktion am Herzen liegen, möchte ich kurz eingehen:
Seite 3 von 6

Das Mobile Bürgerbüro:

Wir müssen sparen wo wir können, wir dürfen bei allem aber nie die Bürgernähe aus dem Fokus verlieren, müssen den Menschen in unserer Stadt verständlich transparent machen, was wo und warum eingespart werden muss.
So war die Schließung des Bürgerbüros in Opladen seinerzeit erforderlich, wir meinen aber, dass eine Serviceverbesserung zugunsten der Bürgerschaft mittels eines sog. Mobilen Bürgerbüros angebracht ist. Wir Unabhängigen konnten uns mit dieser Idee bisher leider nicht durchsetzen, bleiben aber dran. Wir meinen, dass die erforderlichen verhältnismäßig geringen Mittel in einem künftigen Haushalt darstellbar sind. Man muss es nur an verantwortlicher Stelle wollen.

Der Bürgerhaushalt:

Wir Unabhängige Fraktion stehen für Bürgernähe und Bürgerbeteiligung, Zurzeit können wir den Bürgerhaushalt – wie wir ihn uns vorstellen, z. B. nach Solinger Vorbild – noch nicht realisieren. Nun aber, da wir aus dem Nothaushalt heraus sind, halten wir auf die Dauer die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger auch bei der Aufstellung eines Haushaltes für unerlässlich. Es geht dabei nicht um ein Wunschkonzert, sondern wir wollen das Ideenpotential der Bürgerschaft mobilisieren.

Neue Bahnstadt Opladen:

Wir Unabhängigen stehen voll und ganz hinter der Neuen Bahnstadt Opladen und der dazu gehörigen Gütergleisverlegung. Die Bahnstadt ist ein Leuchtturmprojekt nicht nur für Opladen, sondern für ganz Leverkusen. Dort entsteht ein neuer Stadtteil, die ersten Häuser sind bezogen, die erste Brücke als Verbindung zwischen Bahnstadt und altem Opladen ist gebaut. Das ist ein Gewinn für ganz Leverkusen.
Seite 4 von 6

Haus der Berufsorientierung

Wir Unabhängigen wünschen uns ein sog. Haus der Berufsorientierung für Leverkusen. Dort sollen die Standardelemente zur Berufs- und Studienorientierung innerhalb des Neuen Übergangssystems Schule-Beruf NRW, kurz NÜS genannt, umgesetzt werden. Dabei handelt es sich um einen außerschulischen zentralen Lernort, eine überbetriebliche Bildungsstätte mit Bezug zu mindestens 10 verschiedenen Berufsfeldern. Die Standardelemente Potentialanalyse und Berufsfelderkundung werden schrittweise bis zum Schuljahr 2015/2016 an 16 Leverkusener Schulen umgesetzt, d. h. für Leverkusen, dass pro Jahrgang ca. 1400 Schüler an der eintägigen Potentialanalyse und der dreitägigen Berufsfelderkundung teilnehmen werden.
Um dies zentral zu bündeln, schwebt uns ein Haus der Berufsorientierung vor. Und das am besten in räumlicher Nähe zum Campus der FH Köln. In der Bahnstadt. Im ehemaligen Ausbildungsgebäude der Deutschen Bahn.

Wirtschaftsförderung:

Wir meinen, dass langfristig betrachtet die Vermarktung der städtischen Kultur und Sporteinrichtungen zentral über die Wirtschaftsförderung Leverkusen WfL betrieben werden soll. Das in den verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit zuständige Personal sollte dazu bei der WfL angegliedert werden. Entsprechend aufgestockt werden muss der Etat der WfL.

Leverkusen braucht ein zentrales Stadtmarketing, um den Wirtschafts- und Kulturstandort effektiv vermarkten zu können. Innovative Zukunftsmärkte werden sich nur in kulturell stark aufgestellten Regionen ansiedeln.
An dieser Stelle mein Dank an Manuel Lindlar, der als Vertreter der LEV-Partei unsere Fraktion verstärkt und sich sehr für das Thema Wirtschaftsförderung engagiert.
Seite 5 von 6
Ich komme zum Ende:
Wir, die Fraktion der Unabhängigen im Rat der Stadt Leverkusen, stimmen dem Haushaltsplanentwurf 2014 und der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012 – 2021 für das Haushaltsjahr 2014 zu.
Und ich werbe dafür, dass sich in der heutigen Sitzung des Stadtrates eine deutliche Mehrheit für den Verwaltungsentwurf findet.
Wir, die Unabhängige Fraktion, sind Bestandteil des Jamaika+ Bündnisses.
Die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die Unabhängigen haben sich zusammengefunden, um gemeinsam zielführende Sachpolitik für Leverkusen zu gestalten. Es ist nicht immer leicht, weil viele verschiedene Menschen auch viele verschiedene Meinungen haben. Die Abstimmung in der Sache forderte und fordert viel Kommunikation unter den Beteiligten, Kompromisse müssen gefunden werden. Wir haben das geschafft.
Denn:
Wir hatten und haben ein gemeinsames Ziel: Das Wohl der Stadt Leverkusen und ihrer Bürger. Das verbindet uns und lässt uns erfolgreich arbeiten. Ich wünsche mir, dass unser Jamaika+ Bündnis auch über die Kommunalwahl 2014 hinweg bestehen bleibt, denn es ist gut für Leverkusen.
Seite 6 von 6
Ich persönlich bedanke mich bei Monika Ballin, Roswitha Arnold und Thomas Eimermacher, der als Nachfolger von Klaus Hupperth wirklich gute Arbeit leistet.
Ich bedanke mich für faire und mitmenschliche Zusammenarbeit.
Ich sage Ihnen, ich denke immer noch oft an Klaus Hupperth, der maßgeblich mitverantwortlich dafür war, dass sich unser Bündnis so zusammen gefunden hat.
Klaus Hupperth, der Familienmensch, der Mann mit - heute muss man schon sagen dem Mut zu - christlichen Werten, eine integre Persönlichkeit, die Orientierung bot. Ein Vorbild. Ich bin traurig, dass er nicht mehr bei uns ist. Ich vermisse ihn. Er war ein guter Freund. Wir im Mehrheitsbündnis sollten unsere gemeinsame Arbeit auch in seinem Sinne fortsetzen.
Der Dank unserer Fraktion richtet sich an die in der Stadtverwaltung arbeitenden Menschen. Nicht nur an das Führungspersonal, sondern insbesondere auch an die Basis. Ohne die Basis ist alles nichts. Jeder hat seinen Anteil dazu geleistet, dass die Stadtverwaltung und die Stadt gut angesehen sind.
Einen herzlichen Dank an Sie alle richte ich im Namen der Unabhängigen Fraktion.
Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 7 (ö) zu z.d.A.:Rat Nr. 14 vom 12.12.2013

Etatrede

des Vorsitzenden der Fraktion pro NRW,

Rh. Markus Beisicht

anlässlich der Ratssitzung vom 09.12.2013

Haushaltsrede des Vorsitzenden der Fraktion pro NRW, Markus Beisicht, in der Ratssitzung am 09.12.2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

es wird Sie nicht sonderlich überraschen, dass Pro NRW Ihren Haushaltsentwurf ablehnen wird. Der Vertreter des Jamaika-Plus-Bündnisses haben offenbar den Bezug zu traurigen Realität verloren. Auch in Ihren heutigen Haushaltsreden wird die Zukunft Leverkusens rosarot geschildert. Die Krise sei angeblich überwunden. Das Mehrheitsbündnis möchte Leverkusen zu neuen Ufern führen.

Auch wenn Sie uns mit vielen schönen blumigen Worten das Gegenteil suggerieren wollen, sieht die Wirklichkeit völlig anders aus.

Ihre Haushaltspolitik ist unsolide und einzig darauf ausgerichtet, den ganz großen Knall zeitlich nach hinten zu verschieben. Die Altparteien und insbesondere das Mehrheitsbündnis Jamaika-Plus unter Oberbürgermeister Buchhorn hat unsere Stadt regelrecht vor die Wand gefahren.

Es gibt nach wie vor keinerlei finanziellen Spielraum. Trotzdem leisten sich die Mehrheitsfraktionen mit Unterstützung der SPD wider aller Vernunft das völlig überdimensionierte millionenschwere Prestigeobjekt Neue Bahnstadt Opladen. Der gebeutelte Leverkusener Steuerzahler soll es irgendwie richten.

Sie haben es letztendlich zu verantworten, dass mittlerweile selbst eine Jahreskarte für Saunabesuche im Calevornia nahezu unerschwinglich geworden ist. Wie in den vergangenen Jahren auch lassen Sie die Bürger bluten und drehen und immer dreister und schneller an der Gebühren- und Abgabenschraube.

Die soziale Balance ist Ihnen hierbei völlig abhanden gekommen. Alles ist in den letzten Jahren dank Ihrer Politik teurer in Leverkusen geworden: Parkgebühren, Grundsteuer A und B, Gebühren und Entgelte für den Besuch städtischer Einrichtungen, städtische Dienstleistungen, Müllgebühren, Hunde- und

Gewerbesteuer. Selbst bei den Friedhofsgebühren ist Leverkusen in ganz NRW fast an der Spitze. Sie können wirklich stolz auf Ihre Politik sein!

Der Oberbürgermeister ist angetreten, die Stadt fit für die kommenden Jahre zu machen und die Verwaltung effizient und schlank aufzustellen.

Von diesen ambitionierten Ansprüchen ist wenig geblieben. Die Stadtverwaltung arbeitet in manchen Bereichen nach wie vor außerordentlich schwerfällig und wenig effizient.

Eine Ursache hierfür ist der Umstand, dass Dezernentenpositionen und Führungspositionen in der Verwaltung nicht unbedingt nach Qualifikationen und Leistung vergeben werden, sondern primär nach Parteibuchkriterien. Die großen Fraktionen und ihre Anhängsel haben das Terrain mehr oder weniger fair aufgeteilt. Hier ein gut gezahlter Posten für das Parteibuch, da eine wichtige Stelle für das andere Parteibuch. Diese Praxis durften wir in diesem Jahr bei der Bestimmung einiger Dezernentenpositionen ja alle live miterleben.

Da muss man sich letztendlich nicht wundern, dass vieles nicht so funktioniert, wie man es gerne hätte.

Des Weiteren jammern Sie ja lautstark herum, dass Sie die ausufernden Sozialausgaben nicht stemmen können.

Sie sind aber auch nicht bereit, dann konsequenterweise zum Beispiel Ihre Flüchtlingspolitik zu hinterfragen und diese im Interesse der Leverkusener Steuerzahler zu verändern.

Sie wollen weiter mit Steuergeldern so genannte Wirtschafts- und Armutsflüchtlinge aus aller Welt üppig alimentieren und wundern sich dann noch, dass die Flüchtlingszahlen rasant steigen.

In Wirklichkeit sind Sie mit Ihrem Latein am Ende. Viel zu lange wurden die Geschicke in Leverkusen von immer den gleichen Parteien und Personen bestimmt. Verkrustete politische Strukturen sind die Folge. Ihre Politik ist konzeptlos und alles andere als alternativlos.

Der nun vorgelegte Haushalt, dem die soziale Balance fehlt, wird von uns selbstverständlich abgelehnt werden. Statt den Bürger weiter hemmungslos

abzukassieren, setzen wir uns für eine spürbare Senkung der kommunalen Abgabenlast für die Bürger ein.

Wer es gut meint mit Leverkusen, der wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen können.

Anlage 8 (ö) zu z.d.A.:Rat Nr. 14 vom 12.12.2013

Etatrede

des Rh. Markus Pott,

OP

anlässlich der Ratssitzung vom 09.12.2013

Unabhängige Wählergruppe

OPLADEN PLUS

Ratsgruppe
Bahnhofstraße 12
51379 Opladen

02171 44007
info@opladen-plus.de
www.opladen-plus.de

Opladen plus • Ratsgruppe • Bahnhofstraße 12 • 51379 Opladen

9.12.2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

notgedrungen steht das Thema Sparen seit Jahren ganz im Vordergrund der Leverkusener Kommunalpolitik. Für eine Stadt, die sich zur Deckung ihrer Ausgaben ganz wesentlich beim Bürger bedient, sollte gewissenhafter und sparsamer Umgang mit den Finanzen immer allererstes Gebot sein. War es lange aber nicht und erst die Nothaushaltssituation hat den Focus darauf gelegt.

Es ist zunächst einmal ihr Verdienst, Herr Oberbürgermeister Buchhorn, dass Sie in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Stadtkämmerer, Herrn Häusler, ein Kosten- und Sparbewusstsein aufgebaut haben, das, wenn es auch nicht so wirklich an die alten Zöpfe rangeführt hat, zumindest aber geholfen hat, neue Luftschlösser zu unterbinden.

Das ist auch schon etwas, reicht natürlich aber nicht aus.

Mal übers Grundsätzliche nachdenken, Tabus diskutieren und vielleicht Lösungen finden, die den Haushalt entlasten, dabei wenig Substanzielles über Bord werfen, das muss sein. Unsere Klassiker sind hier: das Museum in eine Stiftung einbringen oder einmal über den Verbleib des Calevornia im städtischen Betrieb nachdenken der gut das Achtfache von dem verbraucht, was uns früher die Auermühle gekostet hat. Da liegt der Ball noch ganz weit weg in der falschen Ecke und wehe dem, der da hingehen will um ihn da herauszuholen!

Die Sparkasse wirtschaftet gut, aber die Vorstandsgehälter scheinen aus dem Ruder gelaufen zu sein. Da muss man mal drüber reden, natürlich ohne jemanden anzuprangern.

Oder, wie wäre es einmal damit, Verwaltungsflächen zukünftig nicht mehr anzumieten sondern endlich mal selber zu errichten. Damit nicht immer nur irgendwelche Investoren glücklich gemacht werden und die Stadt bei jeder Vertragsverlängerung immer ein Stück weit erpressbar ist? So könnte auch die Feuerwache durch die WGL gebaut werden und das gute Geschäft bleibt im städtischen Vermögen.

Aber nicht nur, dass wir weit entfernt davon sind über neue Wege nachzudenken. Gerade einmal mit viel Glück dem Nothaushalt entkommen, dank größerer Finanzhilfen von „oben“ und mithilfe eines kräftigen Griffs in die Taschen der Bürger über Grundsteuererhöhungen sprießen jetzt schon wieder die Wunschträume: 4 Millionen Euro per anno und das gleich über zehn Jahre hinweg für die City. Damit Schoss die Bürgerliste im Sommer den Vogel ab. Wofür die Unsumme, die jegliche Bemühungen um Haushaltskonsolidierung über den Haufen geworfen hätte, sagt sie nicht.

Die auslaufenden Verträge für die Schulsozialarbeiter sollen verlängert werden. Zunächst mit Restgeld und dann soll die Verwaltung irgendwie nach Lösungen suchen. Da sind wir gerne dabei, aber nicht für neue Schulden. Für die Finanzierung der Schulsozialarbeiter wären wir bereit etwas vom teuren Bühnenprogramm im Forum zu kürzen. Für die meisten ist dies ein Sakrileg. Das sollten aber neue Schulden sein!

Da zieht er so allmählich wieder dahin, der Wille zum Sparen, den der OB und die Kämmerei in den vergangen Jahren sehr zur Beruhigung meiner kaufmännischen Seele aufgebaut hatten.

Am abnehmenden Sparbewusstsein sind Sie Herr Oberbürgermeister allerdings nun leider maßgeblich beteiligt. Sie fordern Disziplin von Rat und Bürger und trafen damit zunächst auf Verständnis. Nun sinkt die Bereitschaft Ihnen zu folgen rapide, wenn Sie uns nicht mitnehmen bzw. einbinden bei Ihren Entscheidungen die zu großen Mehrausgaben führen. Ein Beispiel ist die Wiedereinführung eines Bauaufsichtschefpostens. Die schnelle und einsame Entscheidung wieder einen Spitzenbeamten für die Bauaufsicht einzustellen, und hiermit ein jährliches Kostenabo von schnell über 100000 Euro zu verursachen, verstört doch mächtig. Da wären Erklärungen im Vorfeld nötig gewesen, warum so plötzlich, warum jetzt, wo doch gerade wieder ein Baudezernent als Aufsichts- und Koordinierungsinstanz vorhanden ist? Der Verdacht steht schnell im Raume, dass da persönliches hinter steckt. Kostet nun eine halbe Auermühle im Jahr. Diesen Verlust muss man sich vor Augen halten um die Bedeutung dieser Entscheidung vor dem Hintergrund der leeren Kassen zu sehen.

Wer anderswo spart muss selber mit gutem Beispiel vorangehen oder zumindest gut und behutsam kommunizieren. Noch ein Beispiel: Herr Busch hat vorgeschlagen, gebrauchte Starenkästen für die Rheinbrücke zu kaufen. Ein netter Vorschlag, vielleicht nicht ganz realistisch aber er zeugt zumindest davon, dass das Thema Sparen verinnerlicht wurde. Hier dem Bündniskollegen ein unwirsches, die möge er sich doch in seinen Garten stellen, entgegenzuschleudern, zerstört die Ernsthaftigkeit des selbst vorgegebenen Spargedankens.

Ein weiterer Punkt der an der Glaubwürdigkeit nagt, sie werden aufschreien und es nicht hören wollen, aber für uns ist und bleibt es ein Thema, die Schließung des Bürgerbüros Opladen. Ausgerechnet dieses bittere Thema, diese kapitale Fehlentscheidung führen Sie, Herr Oberbürgermeister, im Rahmen Ihrer Haushaltseinbringung als Beispiel für einen Einsparerfolg an. Viele Beispiele nennen Sie nicht, es gäbe wirklich gute und substanziell bedeutende, aber Sie führen ausgerechnet das Bürgerbüro an. Wer sich mal mit der Sache befasst hat, weiß genau, dass hier nichts eingespart wurde, jedenfalls nichts Nennenswertes. Schon gar nichts was den hohen Verlust und die Entfremdung der Bürger von der Stadt hätte rechtfertigen können. Das als Sparerfolg zu nennen, aber selber schnell satte 100000 Euro für einen neuen Spitzenbeamten im Bauamt rauszuhauen, da verliert der Chefsparer gewaltig seine Glaubwürdigkeit.

Es beschleicht einem zunehmend das Gefühl und die Sorge, dass so manches an zusätzlichen Personalkosten entsteht, weil Personal an andere Stelle geschoben scheint, wo es dem Rathauschef nicht mehr so sehr im Wege steht.

Und da bin ich bei einem anderen Thema, es ist für das Wohl der Stadt und ihre Menschen genau so wichtig wie der richtige Umgang mit den Finanzen. Es geht um den Umgang miteinander.

Ich komme hier noch einmal auf die Nachfrage der SPD zur neuen Bauaufsichtsführung zurück. Diese wurde nicht nur unwirsch zurückgewiesen sie endet mit einer persönlichen Spitze gegen den SPD Frontmann.

Die Spitze war unschön und unnötig und der Rolle eines OB nicht würdig. Sie wirft auch einen Schatten auf die ganze Jamaikarunde. Es ist ja nicht das erste Mal, und nicht nur im Rat, der Ton ist rau im ganzen Konzern Stadt Leverkusen, die Medien haben vor zwei Wochen darüber ausführlich berichtet. Es ist offensichtlich Leid bei städtischen Mitarbeitern

entstanden in einem Maße das es wohl bisher im Leverkusener Rathaus noch nicht gab.

Warum steht da keiner bei Jamaika auf, zumindest einmal hinter den Kulissen und pfeift so laute, böse Töne zurück? Wo ist das C der Union?

Bei der sich nur theoretisch stellenden Frage nach betriebsbedingten Kündigungen gab es gerade noch ein großes Schaulaufen - auch bei der CDU! - um die Gunst der städtischen Mitarbeiter.

Warum die CDU-Spitzenleute von Partei- und Fraktion jetzt hier, wo es wirklich um Sorgen und Nöte bei den städtischen Mitarbeitern geht, die Politik für nicht zuständig erklären, ist inkonsequent und rätselhaft.

Rüder Umgang herrscht auch hier im Rat und so manchem Ausschuss. Mieser Ton, Dauerwahlkampf in vielen Redebeiträgen und eine Antragsflut die das wesentliche zu verschütten droht stehen hier regelmäßig einer guten Ratsarbeit zum Wohle der Bürger im Wege.

Wir haben es mal nachgezählt: In dieser Wahlperiode bearbeitete der Rat bisher insgesamt 248 Vorlagen. Darunter waren 22 Vorlagen von Jamaika die SPD kam mit 12 aus. 89 davon kamen von der Bürgerliste. 89 Anträge Herr Schoofs, das ist nicht Fleiß das ist verrückt.

Neben der Ratsarbeit behindert diese Antragsflut die Verwaltung bei ihrer Arbeit weil sie zu all dem Unfug noch eine Stellungnahme verfassen muss. Und das kostet leider auch viel Bürgergeld.

Nach so viel Schelte, komme ich zum versöhnlichen Teil meiner Rede:

Ohne Geld geht auch, manchmal muss man nur die Weichen richtig stellen und die Dinge laufen in die richtige Richtung. Es geht um das Stadtteilentwicklungskonzept, um die Westseite der Bahnstadt und um das große Glück für Opladen. Hier sind wir der großen Mehrheit des Rates aufrichtig dankbar, dass sie durch die Gütergleisverlegungsentscheidung den Raum für Neues, atemberaubende Perspektiven, für Opladen und ganz Leverkusen frei gemacht hat. Einfach sensationell welche Chancen nun bestehen. Ein tolles Projekt, es wird uns in den kommenden fünfzehn Jahren immer wieder neue Impulse bescheren. Die Bahnstadt auf der Ostseite ist heute schon ein Knaller, aber das Beste kommt noch, die Westseite!

Vor diesem Hintergrund können wir nicht gegen diesen Haushalt stimmen, wir sind dankbar für den Entwicklungsprozess. Wegen der Eingangs

beschriebenen Auflösungserscheinung der schönen Haushaltsdisziplin der letzen Jahre werden wir uns allerdings in diesem Jahr enthalten.

Markus Pott

Anlage 9 (ö) zu z.d.A.:Rat Nr. 14 vom 12.12.2013

Etatrede

des Rh. Michael Boden,

DIE LINKE

anlässlich der Ratssitzung vom 09.12.2013

Etatrede des Rh. Michael Boden, DIE LINKE, anlässlich der Ratssitzung am 09.12.2013

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, und ich begrüße natürlich auch unsere Gäste, die hier unsere Ratssitzung heute hier besuchen und hier einiges erfahren wollen.

Wie Sie alle natürlich wissen, bin ich erst vor kurzem wieder in den Rat nachgerückt und es war natürlich schwierig, gleich hier den Überblick zu haben, so dass ich natürlich hier keine großartige Haushaltsrede basteln konnte. Wie Sie auch gemerkt haben, ist DIE LINKE transparent und will nicht verschweigen, dass wir einige Probleme hier hatten, dass der Kreisverband im desolaten Zustand war und dieser so langsam wieder aufgebaut wird. Trotzdem haben wir es geschafft, doch zum Haushalt etwas zu sagen. Das heißt also, wir wollen uns nicht drücken, zu diesem und zum nächsten Haushaltsjahr etwas zu sagen.

Wir alle wissen natürlich, weshalb die Kommunen in diesem desolaten Zustand sind. Wir sind nicht die einzigen, die Schulden haben, sondern überall in der Bundesrepublik haben wir Kommunen, die in der Schieflage liegen. Natürlich hat es auch nicht nur damit etwas zu tun, dass die Kommunen so leichtsinnig mit Geld umgehen. Es liegt daran, dass eben auch auf der Bundes- und Landesebene eine andere Politik betrieben werden muss. Die Kommunen haben darunter sehr zu leiden, dass sie Auflagen bekommen haben, die eine Kommune eben auch nicht erfüllen kann. Und das haben wir gerade im sozialen Bereich gemerkt. Deshalb möchte ich auch nur auf bestimmte Punkte eingehen. Ich möchte hier nicht mit Zahlen herumlamentieren, sondern ich möchte einfach nur wichtige Punkte aufzeigen, wie man mit dem wenigen Geld umgehen soll und wie man es einsetzt.

Das ist ja das Wichtige. Wo setzt man die Prioritäten? Für DIE LINKE ist ganz klar, dass im sozialen Bereich oder auch im Kulturbereich nicht gespart werden darf. Wir hatten schon das Problem mit den Schulsozialarbeitern, bei denen man nicht weiß, wie man sie bezahlen soll und ob man diese Stellen überhaupt noch erhalten kann. So etwas darf nicht passieren.
Das sind Schwerpunkte, bei denen man eben nicht sparen kann, so auch in der Kinderbetreuung. Man kann nicht im Schulwesen und nicht in der Bildung sparen. Vor allen Dingen, da zur Bildung auch Kultur gehört, weil es eine Bereicherung ist. Wenn man eine gute Bildung hat, fallen nämlich Jugendliche und nachfolgende Generationen nicht auf pro NRW herein, die unsere Haushaltslage, die so schief oder eben schwierig ist, hier damit begründen, was ekelhaft und zynisch ist, dass es mit daran liegt, dass wir Flüchtlinge und Asylbegehrende aufnehmen. Und so sehen ja auch ihre Anträge aus und gerade deshalb brauchen wir eine gute Bildung unserer Jugendlichen und unserer Kinder, dass diese Rattenfänger keine Chance haben, hier solche Reden zu halten.

Natürlich war ich auch enttäuscht, dass es mit der Gesamtschule so nicht geklappt hat, wie man sich das eigentlich vorgestellt hat. Wir konnten natürlich nicht voraussehen, dass Burscheid da nicht mitmacht. Die haben sich dann ja mit der Kirche für einen anderen Träger entschieden. Ich sagte ja schon, wir können jetzt nicht nach Notlösungen suchen. Da, wo es schon Gesamtschulen gibt, sollten wir auch nicht jetzt so eine Notlösung finden, dass man Sekundarschulen baut. Das können wir nicht als Lösung sehen.

Natürlich wird hier häufig angemahnt, dass zu viel Geld ausgegeben wird für Dinge, wie zum Beispiel die Neue Bahnstadt. Ich verstehe das nicht. Ich als Linker bin natürlich wirklich vorsichtig und doch sage ich, die Neue Bahnstadt brauchen wir. Man muss nämlich auch investieren und man muss eben immer an den richtigen Stellen investieren. Und da ist die Bahnstadt für mich kein Hindernis, weil sie uns wirklich eine Bereicherung bringen wird und auch junge Leute nach Leverkusen bringen wird.

Noch ein wichtiger Punkt, weshalb Kommunen auch in der Schieflage sind, ist, dass oft eben auch sehr unglücklich in der Gewerbeansiedlung Fehler gemacht worden sind. Man sollte wirklich darauf achten, dass auch nur Gewerbe angesiedelt wird, dass tatsächlich auch für die Stadt finanzielle Vorteile entstehen, eben durch die Gewerbesteuer. Und man sollte wirklich speziell darauf achten, dass man auf den vorhandenen Gewerbeflächen in Leverkusen auch Gewerbe ansiedelt. Es können auch nur kleine Betriebe sein, Alternativbetriebe, die bringen nämlich auch etwas und bereichern auch die Stadt und sind auch interessant für junge Leute.

Ich will, wie gesagt, nicht mit Zahlen jonglieren und auch nicht nur mit Kritik. Ebenso will ich hier auch nicht andere Parteien kritisieren, weil ich eben nicht den Überblick habe, wie vorher hier im Rat solche Themen bearbeitet worden sind. Es wäre ja auch vielleicht ein bisschen anmaßend, ich bin so ehrlich, wenn ich behaupten würde, dass ich über alles, was hier vorher abgelaufen ist, Bescheid wüsste. Ich habe ja auch andere Aufgaben in meiner politischen Arbeit, so dass ich eben nur einiges dazu sagen kann, dass man die Gelder positiv einsetzt. Damit nicht so etwas passiert wie gerade im Schulwesen mit den Schulsozialarbeitern, die, wie wir alle wissen, eine wichtige Arbeit dort geleistet haben, so dass man da vielleicht die Angst haben muss, dass das nicht mehr weitergeführt werden kann.

Die Rede von den Linken wird wahrscheinlich im nächsten Jahr dann doch etwas anders und fundierter aussehen. Ich wünsche aber, dass es unserer Stadt dann doch wieder gut geht und ich bin nicht der Meinung, dass wir nur auf einem ganz negativen Weg sind, sondern auch durch die Neue Bahnstadt wird hier, wie gesagt, schon eine Bereicherung stattfinden.
Dass bei so einem Großprojekt, wie zum Beispiel der Brückenerneuerung, auch Probleme aufkommen, ist natürlich. DIE LINKE setzt sich ja für die Untertunnelung ein, so dass der Bürger nicht durch Umweltschmutz und mehr Lärm belastet wird. Das brauchen wir aber alles nicht zu wiederholen, weil wir das ja auch im Rat hier auch besprechen, wie zum Beispiel auch über die Gemeinschaftsschule.

Ich wünsche der Stadt und ich wünsche uns hier im Rat eine gute gemeinsame Arbeit und dass man nicht gegeneinander ist. Ich muss zugeben, dass ich natürlich Probleme habe mit undemokratischen Vertretern hier und da.

Leider vergesse ich ab und zu die demokratischen Gedanken hier, was ich eigentlich nicht dürfte. Dies aber nur deshalb, weil diese, ich sage, rechtspopulistische Partei hier drinsitzt, die unsere freie demokratische Grundordnung wirklich mit Füßen tritt. Gerade diese Partei sprach von Menschenrechten, als es vorhin um die Partnerschaftsstadt ging. Das tut mir sehr leid, wir fallen jedenfalls nicht darauf rein.

Ich danke fürs Zuhören.

<u>Anlage 10 (ö) zu z.d.A.:Rat Nr. 14 vom 12.12.2013</u>

Etatrede

des Rh. Dr. Uwe Becker,

ÖDP

anlässlich der Ratssitzung vom 09.12.2013

Etatrede des Rh. Dr. Becker, ÖDP, anlässlich der Ratssitzung am 09.12.2013

Meine Damen und Herren,

ich mache es sehr kurz. Es lohnt sich gar nicht, nach vorne zu kommen. Ich will Sie jetzt nicht noch zusätzlich mit großen Reden belasten, sage ich mal. Insofern wirklich ganz kurz.

Meine Stellungnahme ist die folgende:

Ich stimme den Ausführungen von Herrn Ippolito sehr weitgehend zu und auch weitgehend den Ausführungen von Herrn Pott.

Mehr brauche ich da nicht zu sagen. In der Konsequenz heißt das, dass ich dem Haushaltsplanentwurf nicht zustimme.

Und das war es auch schon.

Danke.